Mehr als 3 000 Lehrer pfeifen und rasseln vorm Finanz- und Kultusministerium

Weiter Teilzeit und damit Stellenabbau trotz steigender Schülerzahlen? Pädagogen lehnen das ab.

Von Carola Lauterbach
LAUTERBACH.CAROLA@DD-V.DE

Die Autokennzeichen und die Aufschriften an den Bussen, die gestern Nachmittag die Dresdner Augustusbrücke zu beiden Seiten säumten, verwiesen auf die Herkunft. Aus ganz Sachsen brachten sie Lehrer zur Kundgebung, zu der die Tarifunion des Beamtenbundes (dbb-TU) und der Sächsische Lehrerverband eingeladen hatten. Weit über 3 000 seien gekommen, freuten sich die Veranstalter. Auch Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des Philologenverbandes Sachsen hatten sich daruntergemischt. Diese Einigkeit ist neu. Auch, dass Lehrer aller Schularten mit im Boot sind.

Vorm Finanz- und Kultusministerium brachten sie – unter anhaltend lautstarkem Pfeifen und Rasseln – ihren Protest gegen die Pläne der Regierung zum Ausdruck, weiter auf Teilzeit gesetzt zu werden. Sie erinnerten an Wahlversprechen von CDU und FDP, wonach der Lehrerberuf ab August wieder ein Vollzeitberuf werde, und fragten: Und was ist jetzt?

„Arbeitszeit runter, Aufgaben hoch, das ist das Einzige, was man hier kennt“, rief die Lehrerin Petra Müller von der Mittelschule Neusalza-Spremberg ihren Kollegen zu.

Finanzminister lenkt nicht ein

Willi Russ, 2. Vorsitzender der dbb-TU, erinnerte daran, dass der noch bis Sommer laufende Teilzeitvertrag vor fünf Jahren vor dem Hintergrund dramatisch abstürzender Schülerzahlen geschlossen wurde – und unter der Bedingung, dass Teilzeit keine Dauerlösung werden dürfe. Jetzt aber steigen die Schülerzahlen wieder – und die Regierung wolle nichts mehr von ihrer Zusage wissen.

Finanzminister Georg Unland (CDU) hätte es in der Hand gehabt, die Gemüter zu beruhigen. Er tat es nicht. Er sagte den Lehrern, sie nicht auf Teilzeit zu setzen, kostete Sachsen bis 2014 rund 380 Millionen Euro. Auch gebe es so keinen Einstellungskorridor für junge Lehrer. Und löse man das Problem nicht gemeinsam, gebe es nur den arbeitsrechtlichen Weg. Er wurde mit Pfiffen, Buhs und Pfuis bedacht.



Wut, Enttäuschung und Entschlossenheit demonstrierten Lehrer gestern am Regierungssitz. Heute wollen sie das vorm Landtag tun. Foto. Ronald Bonß

NACHRICHTEN

Jugendlicher Kletterer stürzt im Bielatal zu Tode

Pirna. Ein tragischer Kletterunfall hat sich gestern im Bielatal in der Sächsischen Schweiz ereignet. Unter noch ungeklärten Umständen ist ein 17-jähriger Kletterer aus dem mecklenburgischen Bad Doberan vom Gipfel des Schraubenkopfes circa 25 Meter tief in den Tod gestürzt. Die Bergwacht und ein per Hubschrauber eingeflogener Notarzt konnten dem Jugendlichen nicht mehr helfen. (SZ)

Riesenstiefel kehrt von Leisnig nach Döbeln zurück

Döbeln. Nach 53 Jahren auf der Burg Mildenstein in Leisnig ist der Döbelner Riesenstiefel in seine Heimatstadt zurückgekehrt. Eine auf Kunsttransporte spezialisierte Spedition hat das fast vier Meter große und 200 Kilogramm schwere Schuhwerk ins Döbelner Rathaus gebracht. Damit ist der Stiefelstreit zwischen Döbeln und Leisnig beendet. Der Transport hat rund 9000 Euro gekostet. (DA)

Barockgarten Großsedlitz erhöht Eintrittspreise

Heidenau. Im Barockgarten Großsedlitz steigen zum Saisonbeginn am 1. April die Eintrittspreise. Erwachsene zahlen künftig vier statt bislang drei Euro, die ermäßigte Karte steigt von 1,50 auf zwei Euro. Grund sind um 30 000 Euro reduzierte Landeszuwendungen, teilt die Leitung mit. Die Familien-Jahreskarte für zwölf Euro und die Erwachsenen-Jahreskarte für acht Euro bleiben unverändert. (SZ)

Sachsen prüft Ausstieg aus Tarifgemeinschaft

Mit ihrem Vorstoß setzt die FDP den Koalitionspartner CDU unter Druck. Doch die mahnt den „kleineren Koalitionspartner“ zu mehr Besonnenheit.

Von Annette Binninger
BINNINGER.ANNETTE@DD-V.DE

Der Zeitpunkt hätte nicht unglücklicher sein können. Ausgerechnet als Tausende von Lehrern sich gestern vor dem Finanzministerium versammelten, um für ihre Rückkehr in Vollzeit und damit auch für mehr Gehalt zu demonstrieren, machte dort die nächste Hiobsbotschaft die Runde: Sachsen prüft den Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL).

Für rund 70 000 Angestellte im öffentlichen Dienst könnte es künftig zu erheblichen Einkommenseinbußen kommen, wenn Sachsen einen Sonderweg ginge. In der TdL sind derzeit 14 Bundesländer wie in einer Art Arbeitgebervereinigung zusammengeschlossen – mit Ausnahme von Hessen und Berlin. Die TdL führt Tarifverhandlungen und sorgt damit auch für eine gewisse Einheitlichkeit im öffentlichen Dienst. Bei einem Ausstieg aus der TdL müsste der Freistaat beispielsweise Tariferhöhungen nicht mehr mitmachen – könnte also stark bei den Personalkosten sparen.

„Das Finanzministerium prüft in der jetzigen Haushaltssituation verschiedene Optionen, hat sich aber noch nicht festgelegt“, sagte Ministeriumssprecher Stephan Gößl gestern auf SZ-Nachfrage. Wann die Prüfung abgeschlossen sei, und wie ernsthaft die Ausstiegs-Option ist – dazu schwieg das Ministerium. Der nächste mögliche Ausstiegstermin sei ohnehin erst Ende 2010.

Den Stein ins Rollen gebracht hatte die FDP auf dem Parteitag in Chemnitz mit ihrem Leitantrag „Sachsen fit für 2020 machen“. Darin fordern die Liberalen einen „zügigen Ausstieg“ aus der TdL.

Weit aus dem Fenster gelehnt

Doch mit ihrem überraschenden Beschluss haben sich die Liberalen offenbar weiter aus dem Fenster gelehnt, als es ihrem Koalitionspartner CDU recht war. Eine „gewisse Sympathie habe er zwar schon für den Vorschlag, räumte CDU-Fraktionschef Steffen Flath zwar ein. Sicher könne man diese Idee jetzt wie alle 10 bis 15 Jahre wieder mal diskutieren und auch prüfen – „wir verweigern uns da nicht“. Aber: „Wenn man in der Regierung ist, sollte man schon ein bisschen mit Besonnenheit rangehen“, ermahnte Flath fast väterlich den „kleineren Koalitionspartner“ FDP. Ihm sei eine Lösung für das akute Lehrer-Problem derzeit wichtiger, so Flath.

Bei Gewerkschaften und Oppositionsparteien fiel die Reaktion heftiger aus. „Herr Zastrow zündelt an gefährlicher Stelle“, empörte sich Thomas Voß, Verdi-Chef von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der Vorschlag sei „nichts anderes als Tarifflucht und Lohndrückerei im großen Stil“.

DGB-Vizechef Markus Schlimbach warnte, ein Ausstieg würde „Sachsen im Konzert der Bundesländer zurückwerfen“. Auch der Sächsische Beamtenbund mit 60 000 Mitgliedern hofft, dass der Freistaat einen Ausstieg „tunlichst unterlässt“. „Ost und West dürfen nicht weiter beim Einkommen auseinanderdriften“, sagte sbb-Chef Günter Steinbrecht. Linksfraktionschef Andre Hahn warnte: „Die Ausweitung von Lohndumping führt nicht zu mehr Qualität, sondern zu weniger Motivation.“ Der Sächsische Städte- und Gemeindetag sprach sich derweil dafür aus, dass Land und Kommunen künftig eine Tarifgemeinschaft bilden sollten.

► *Kommentar*

KOMMENTAR



Dieter Schütz über neue Wege Sachsens in der Tarifpolitik

SCHUETZ.DIETER@DD-V.DE

Mutiger Schritt für den Staatsdienst

Die Idee klingt vernünftig: Sachsen könnte bei der Bezahlung seiner Angestellten eigene Wege gehen, indem der Freistaat die Tarifgemeinschaft mit den anderen Bundesländern aufkündigt. Dadurch ließe sich vermutlich viel Geld bei den Personalkosten sparen. Denn bisher werden gleiche Gehaltserhöhungen für die Länderangestellten in Stuttgart, Kiel und Dresden ausgehandelt – obwohl die Situation in den einzelnen Bundesländern völlig unterschiedlich ist.

Ein eigenständiger Tarifvertrag für Sachsen könnte besser als bisher die regionale Situation im Freistaat berücksichtigen. Mutig wäre der Schritt allemal, weil sich die Landesregierung damit gleich mit Heerscharen von Staatsdienern und ihren Interessenverbänden anlegen müsste.

Dennoch sollte sich die Landesregierung hüten, einen möglichen Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft allein unter dem Sparaspekt zu betrachten. Es gibt Bereiche, in denen in den nächsten Jahren nur mit finanziell attraktiven Angeboten gut ausgebildeter Nachwuchs zu finden ist. Der Lehrerberuf – zumindest in einigen Fächern und Schularten – gehört dazu.

Polizei stellt nach dramatischer Verfolgungsjagd Autodieb auf der A 4

Bautzen. Das hätte tödlich ausgehen können: Mit Beginn des Berufsverkehrs rammte gestern Morgen ein polnischer Autodieb drei Polizeifahrzeuge auf der A 4 bei Bautzen. „Er fuhr zielgerichtet in die Straßensperre und nahm dabei billigend den Tod der Beamten in Kauf“, sagte ein Polizeisprecher. Mit Glück wurden zwei Polizisten nur leicht verletzt. Der 31-jährige Pole wurde festgenommen.

Dem Zusammenstoß vorangegangen war eine dramatische Verfolgungsjagd auf der A 4. Der Täter war in Bautzen-Ost in falscher Richtung auf die Autobahn aufgefahren und als Geisterfahrer bis zur Auffahrt Bautzen-West gerast. Dort verließ er die A 4, um auf der anderen Fahrbahn nun auf der richtigen Seite weiter Richtung Dresden zu flüchten. Doch hier erwartete ihn bereits die Sperre der Polizei.

Die Beamten waren alarmiert worden, weil nachts ein Anwohner auf der Bautzener Paulistraße verdächtige Geräusche vernommen hatte. Fahnder, die gerade in der Nähe waren, konnten daraufhin einen 31-jährigen Polen festnehmen. Er hatte gerade versucht, einen teuren BMWX-6-Sportwagen aufzubrechen. Sein gleichaltriger Komplize flüchtete mit einem Audi Richtung Autobahn – verfolgt von der Polizei.

Für Geflüchteten geht es jetzt nicht nur um einen versuchten Autodiebstahl: „Es besteht der Verdacht des versuchten Totschlags“, sagt der Polizeisprecher. Zum einen, weil er rücksichtslos als Geisterfahrer im Berufsverkehr unterwegs war, zum anderen weil er sein Auto als Waffe einsetzte, um die Straßensperre der Polizei zu durchbrechen.

Die Beamten sind derzeit verstärkt in den Kreisen Bautzen und Görlitz im Einsatz. In der Nacht zu gestern konnten sie neben den zwei Tätern bei Bautzen noch drei weitere Polen festnehmen. (SZ)

Fotos finden Sie unter **www.sz-online.de/geisterfahrt**

„Waldmensch“ Öff Öff muss in Löbau vor Gericht

Löbau. Weil er angeblich pornografische Bilder verbreitet haben soll, muss sich „Waldmensch“ Jürgen Wagner, alias Öff Öff, vor dem Löbauer Amtsgericht verantworten. Zunächst war ein Strafbefehl gegen ihn ergangen. Sein Anwalt hat gegen diesen nach Angaben des Löbauer Gerichts aber Einspruch eingelegt.

Hintergrund ist ein Fall aus dem vergangenen Juni. Damals waren entsprechende Bilder der Ex-Freundin Jürgen Wagners auf dem Laptop eines früheren Mitstreiters des „Waldmenschen“ aufgetaucht. Jürgen Wagner sieht der Verhandlung gelassen entgegen. Er sei sich keiner Schuld bewusst und sehe die Vorwürfe an den Haaren herbeigezogen. Dies werde er vor dem Löbauer Gericht klarstellen, sagte er gegenüber der SZ. (SZ/mk)

Der Wolf nähert sich Dresden

Jäger haben in der Massenei ein totes Reh gefunden. Ein Wolf hat es gerissen, sagen sie. Wolfsexperten untersuchen den Fall noch.

Von Ines Klein
KLEIN.INES1@DD-V.DE

Der Wolf rückt immer näher an die Landeshauptstadt Dresden heran. Erstmals ist er nun südlich der A 4 aufgetaucht. Vor einigen Tagen wurde ein Reh auf einem Feld in der Massenei in der Nähe von Großröhrsdorf gefunden.

Das Reh ist offensichtlich von einem Wolf gerissen worden. „Großflächige Bissverletzungen im Trägerbereich (Hals), deutlich sind ausgerissene Löcher erkennbar, zwei Bisse in der linken Hinterkeule, Bisse in den rechten Oberarm, Krallenspuren auf der rechten Körperseite



sowie Blutergüsse am linken Oberarmbereich“, wird später im Protokoll von Ilka Reinhardt stehen. Die Wolfsexpertin vom wildbiologischen Büro Lupus ist aus der Lausitz angereist, um das tote Tier zu untersuchen. Jagdpächter Thomas Adler hat sie alarmiert.

Für ihn steht fest: Das Reh ist von einem Wolf gerissen worden. „Die Konzentration der Bisse im Halsbereich sind typisch, Hunde dagegen beißen wahllos in alle Körperteile.“ Auch Ilka Reinhardt will nicht ausschließen, dass es sich um einen Wolf gehandelt haben könnte. Anhand der Bissspuren lässt sich sogar der Abstand der beiden Eckzähne ermitteln. Er liegt bei etwa vier Zentimetern. Das wiederum könne auf einen Wolf, aber eben auch auf einen größeren Hund hindeuten, räumt die Wolfsexpertin ein. In jedem Fall kann Ilka Reinhardt einen Fuchs als Jäger ausschließen. Er hat sich zwar ebenfalls über den Kadaver hergemacht, allerdings erst, als der schon im Feld lag. Das erschwert den Lausitzer Wolfsexperten die Ermittlung des Täters. Die Spuren sind verwischt.

Autobahnen kein Hindernis

In der Statistik des Lausitzer Wolfsbüros tauchen gerissene Rehe nicht auf. Sie stellen keinen wirtschaftlichen Schaden dar und gehören zu den natürlichen Nahrungsquellen des Wolfes, sagt die Leiterin des Projektbüros, Jana Schellenberg.

Dass der Wolf, um in die Massenei zu gelangen, die A 4 überquert haben muss, ist nichts Ungewöhnliches. Wölfe nutzen Wildbrücken und andere Straßen, um über die Autobahnen zu gelangen. Die stehen der Wolfsausbreitung laut Schellenberg nicht im Wege. Ein mit Sendern ausgestattetes Tier hat unlängst binnen kurzer Zeit zweimal die A 13 gequert.

Während die Wolfsexperten der Ausbreitung von Wölfen gelassen gegenüberstehen, zeigen sich die Jäger wenig erfreut. „Wir fürchten um unsere Wildbestände“, sagt Thomas Adler als Jagdpächter ganz offen. Er vermutet allerdings, dass es sich bei diesem Wolf um einen „Durchläufer“ handelt, der längst weitergezogen ist und sich nun andernorts Nahrung beschafft.

Freistaat organisiert Hilfe für Kiebitz, Rebhuhn und Co.

Radeburg. Sachsens Umweltminister Frank Kupfer (CDU) hat gestern auf einem Feld bei Radeburg das im Vorjahr gestartete Projekt zum Schutz von Bodenbrütern vorgestellt. In enger Kooperation von Landwirten und Naturschützern wurden bisher 15 sogenannte Kiebitzinseln geschaffen. Auf diesen im Durchschnitt 1,5 Hektar großen Flächen verzichten die Bauern auf eine Aussaat, um den Vögel das Brüten zu ermöglichen. Für den Ertragsausfall und den Mehraufwand erhalten sie eine Vergütung.

Dieses Jahr stehen 80 000 Euro zur Verfügung. Neben dem Kiebitz soll mit dem Projekt auch dem Rebhuhn und der Feldlerche geholfen werden. Bei allen drei Arten ist seit den 90er-Jahren ein dramatischer Rückgang zu verzeichnen. Sie gelten als stark gefährdet. (SZ/gör)